

Lateinamerika im 21. Jahrhundert

von Dr. Rainer Gepperth

Die politische Realität Lateinamerikas am Beginn des 21. Jahrhunderts

In Lateinamerika erfolgt in nahezu regelmäßigen Abständen ein relativ radikaler politischer Systemwechsel von links nach rechts oder umgekehrt. Die linksorientierten Regierungssysteme waren und sind stärker ideologisch, oft autoritär, aber auch demokratisch geprägt, während die konservativ orientierten Regierungssysteme weniger ideologisch, jedoch nicht weniger autoritär, aber pragmatisch und auch demokratisch ausgerichtet waren und sind.

Die linksorientierten Regierungssysteme führten sehr oft zu einer Verschlechterung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Situation der betreffenden Länder, während die konservativ orientierten Regierungssysteme zwar die politische und ökonomische Situation in den betreffenden Ländern wesentlich verbesserten, die Sanierung der Sozialsysteme und die Reduzierung der Armut jedoch sträflich vernachlässigten.

Sowohl die linksorientierten wie auch die konservativen Regierungssysteme beruhen auch heute noch auf dem Klientelsystem und der Patronagenwirtschaft. Dadurch werden in beiden globalen Regierungssystemen nur bestimmte Gruppen bevorzugt bzw. reich, während in beiden Systemen die Armen nur geringe Beachtung bzw. nur aus Propagandazwecken Aufmerksamkeit finden. Deshalb kommen auf beiden Systemseiten meistens nur Populisten an die Macht, die vieles versprechen, aber nur wenig umsetzen und ungewollt den nächsten Wechsel im Regierungssystem schon wieder vorbereiten.

So werden auf beiden Seiten wenige immer reicher und die Masse immer ärmer. Politische Parteien dienen bestenfalls als Wahlplattform für einen Caudillo und können weder im linken noch im rechten Regierungssystem wirkliche Bewegungen hervorrufen noch Programm- oder Ideologieparteien werden.

Bei der Dominanz dieser beiden Regierungssysteme stellt sich die Frage: Wer ist in Lateinamerika links bzw. sozialistisch oder rechts bzw. konservativ? Die Antwort ist verblüffend, denn in Lateinamerika zählt sich nur eine Minderheit zu denen, die aus tiefer Überzeugung den Linken oder den Konservativen folgen. 4/5 der Bevölkerung

- verstehen „Macht“ (Regierung) als Verteilung des Reichtums (aktive Mitläufer);
- fühlen sich als Fähnchen im Wind (passive Mitläufer);
- sind die Frustrierten der Wirklichkeit (Betroffene) oder
- die Gleichgültigen.

Sie alle stellen die wesentliche Ursache für den ständigen Wechsel der Regierungssysteme nach links bzw. rechts dar. Auch ordnen sich die meisten Politiker dieser Systematik unter, da in dieser Systematik Staat mit Macht gleichgesetzt wird, Macht regiert und Geld Einfluss bedeutet. Deshalb kann sich jeder Politiker, ist er erst einmal an der Macht, alle Institutionen, ja den Staat selbst, so zurecht-rücken wie er sie bzw. ihn braucht, um seine Interessen durchzusetzen. So reduziert sich das Phänomen der linken und rechten Regierungssysteme auf ein bloßes Instrument der Machtergreifung (oft um jeden Preis) und der Machterhaltung (oft mit allen Mitteln).

Es gibt drei Wege zum Machtgewinn, die beim linken und beim konservativen Regierungssystem ähnlich verlaufen:

- Der erste Weg ist einerseits charakterisiert durch die gewaltsame und ideologisch orientierte Revolution wie in Kuba und andererseits gekennzeichnet durch den gewaltsamen militärisch orientierten Putsch wie in Chile. In beiden Fällen endet der Weg in der Diktatur. Die Verfassungen werden von einer kleinen Gruppe so verändert, dass die Macht auf Dauer bei der Revolution liegen kann. Die Machterhaltungsstrukturen der linken Diktatur sind jedoch direkter, nachhaltiger, rücksichtsloser und langlebiger.
- Der zweite Weg ist der demokratische Weg, bei dem eines der beiden Regierungssysteme durch demokratische Wahlen an die Macht kommt, sich die Verfassung und die Institutionen nicht unterordnet, sich dem Wettbewerb stellt und durch demokratische Wahlen wieder abgewählt werden kann. Dem Klientensystem und der Patronagenwirtschaft bleiben aber auch sie treu.
- Beim dritten Weg schürt eines der beiden Lager die bereits vorhandene Unzufriedenheit der Bevölkerung durch rücksichtslose und aufrührerische Massendemonstrationen zur Schwächung der Regierung und Destabilisierung der Gesellschaft. So werden Neuwahlen erzwungen, die sie dann demokratisch legitimiert an die Macht bringen. Dann werden mit viel Geld und schein-demokratischen Mitteln Verfassung und Institutionen so manipuliert, dass dieser Weg Schritt für Schritt in der Diktatur endet.

Das Phänomen Chávez: Venezuela als Beispiel für den dritten Weg der Machtergreifung in Lateinamerika

Chávez ist über eine Variante des dritten Weges 1998 in Venezuela an die Macht gekommen. Seitdem hat er durch Manipulation der Wahlen, eine neue Verfassung, die Aushöhlung und Auflösung der bestehenden Institutionen sowie durch neugeschaffene, ihm allein unterstellter Institutionen und sozialer Gruppierungen die Grundlagen für seine „bolivarianische Revolution“, den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, gelegt. Mit den Präsidentschaftswahlen im Dezember 2006 will Chávez dieses Projekt in Venezuela abgeschlossen haben. Die letzten Wahlen (die Parlamentswahlen im Dezember 2005) zeigten jedoch die Schwächen des Systems Chávez auf. Bei 14,3 Millionen Wahlberechtigten

- enthielten sich 10,7 Millionen Venezolaner (74,8 % der Wahlberechtigten);
- gaben 206.000 ungültige Stimmen ab (1,4 % der Wahlberechtigten);

- stimmten 3,4 Millionen Venezolaner (94,3 % der abgegebenen Stimmen), d.h. nur 23,8% der Wahlberechtigten, für Parteien aus dem Umfeld von Chávez ¹

Die insgesamt hohe Ablehnung von Chávez bei diesen Wahlen (75 %) ist

- einerseits auf die Repressalien zurückzuführen, denen diejenigen ausgesetzt sind, die auch nur den Anschein erwecken, nicht für Chávez zu sein (Entfernung aus dem Staatsdienst, Nichtberücksichtigung bei den Vergünstigungen durch die Misiones (Sozialprogramme), etc.) ²
- und andererseits auf die relativ geringe Gefolgschaft von Chávez in der Gesellschaft.

So sind von den 24% der Wahlberechtigten, die Chávez wählten,

- ca. 1/3 stramme Castrokommunisten unter der Führung von Vizepräsident Rangel, die Chávez nur als Vehikel zur Macht brauchen;
- ca. 2/3 Opportunisten, die sich aus finanziellen, wirtschaftlichen, politischen oder persönlichen Gründen von Chávez abhängig gemacht haben.

Doch auch unter diesen und noch mehr in der Bevölkerung ist die Unzufriedenheit über das Regime groß, weil unter Chávez

- viele Milliarden Ödollars im Ausland versickern;
- die Arbeitslosigkeit zugenommen hat;
- die Inflation stark gestiegen ist;
- die Korruption immer weiter zunimmt; ³
- die Wirtschaft und die Infrastruktur verkommen sind und
- der Staat tatenlos dieser Entwicklung zuschaut. ⁴

Mehr als die Hälfte der Venezolaner lehnt Chávez ab, nahezu ein Drittel ist an Politik desinteressiert. ⁵ Trotzdem raubt Chávez durch die Kontrolle über die Wahlmaschinen der Opposition ihre Wähler und einen möglichen Wahlsieg, wie sich das bei der Parlamentswahl im Dezember 2005 deutlich gezeigt hat. Trotzdem kommt es immer wieder zu spontanen oppositionellen Demonstrationen. ⁶ Und obwohl Chávez das Militär entprofessionalisiert, politisiert und korrumpiert hat, sowie jene, die eine abweichende Meinung äußerten, einsperrte und vertrieb, kommt es auch dort immer noch zu Unruhen. ⁷

¹ Die wichtigsten Oppositionsparteien hatten zum Wahlboykott aufgerufen und waren selbst nicht zur Wahl angetreten.

² Viele verloren ihre Arbeitsplätze beim Staat, den Provinzbehörden, dem Militär, anderen staatlichen Institutionen und Privilegien bei den Misiones, da die Wahlbehörden die elektronischen Wahlmaschinen auswerteten. Dies wurde dann auch noch so gestreut, dass jeder Angst bekam, „erwischt“ werden zu können, und deshalb zu Hause blieb oder dann eben Chávez und seine Partei wählte.

³ Auch die sogenannten bilateralen Wirtschaftsabkommen dienen lediglich der Korruption.

⁴ 55 % sind der Meinung, dass jetzt alles viel schlechter als vor 8 Jahren beim Amtsantritt von Chávez sei. 18 % meinen, dass jetzt alles viel besser sei als damals. 27 % haben keine Meinung.

⁵ Alle sind sie jedoch durch die subtilen Unterdrückungs- und Ausgrenzungsmethoden des Systems Chávez eingeschüchtert (Stockholm-Syndrom).

⁶ Chávez erklärt in diesem Zusammenhang immer wieder, nicht er trage Schuld am Versagen der Verwaltung, sondern die Verwaltung selbst. Die sporadisch durchgeführten „Säuberungen“ zeigen aber weder in der Verwaltung noch in der Bevölkerung Wirkung.

⁷ Erst im Februar 2006 hat Chávez in einer seiner 5 - 6 Stunden dauernden Fernsehsendungen „Alo Presidente“, die alle Fernsehsender übertragen müssen, geäußert, dass diejenigen Militärs, die mit ihm

Durch all diese Vorkommnisse und vor allem im Finanzbereich spürt Chávez, dass das Zeitfenster zur Umsetzung seiner „Ideale“ immer enger zu werden droht. Deshalb hat er sich für die Präsidentschaftswahlen im Dezember 2006 zwei Ziele gesetzt:

- 10 Mio. Stimmen (knapp 70 % der Wahlberechtigten) für seine Person und
- die endgültige und abschließende Verwirklichung seines Projektes eines „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ in Venezuela.

Damit sieht er seine radikale Revolution abgeschlossen. Da er dieses Ziel auf demokratischem Weg nie erreichen kann, versucht er zur Zeit alle Sektoren der Gesellschaft (Parteien, Wirtschaft, Banken, Sozialsysteme, Zivilgesellschaft, Medien, usw.) gleichzuschalten, sich die Wahlkommission noch direkter zu unterstellen und die elektronischen Wahlmaschinen als Kontrollorgan gegen mögliche Nicht-Chávez Wähler zu verfeinern. Der Kampf um die Macht richtet sich gegen die, die ihm auf dem Weg zur totalen Kontrolle des Landes im Wege stehen. Die Auseinandersetzungen werden daher immer repressiver und nehmen autoritäre, gefährliche, aber auch groteske Züge an. Gleichzeitig verliert Chávez immer mehr den Bezug zur Wirklichkeit in seinem Land:

- Trotz riesiger Einnahmen aus dem Ölgeschäft sind die Schulden der staatlichen Sozial- und Krankenversicherungen durch das Ausbleiben der staatlichen Beiträge auf astronomische Höhen gestiegen.
- Das Land lebt von Ölexporten, konsumiert ausländische Waren, baut aber gleichzeitig Arbeitsplätze ab und verwendet (staatlich wie privat) nur einen Bruchteil des Budgets für Investitionen.
- Die Wirtschaft und vor allem die Ölproduktion würde jedoch Investitionen von jährlich mindestens 25% des BIP benötigen.

All dies zeigt, dass auf Venezuela in 2007, also nach den Präsidentschaftswahlen im Dezember 2006, trotz der hohen Ölpreise ernsthafte Schwierigkeiten zu kommen werden. Sollte der Ölpreis nur geringfügig fallen, stünde Venezuela 2008 vor einer finanziellen Katastrophe, da dann auch die marode Ölfördertechnik kollabieren wird.

Viele prophezeien daher, dass Chávez die Wahlen im Dezember 2006 knapp gewinnen wird, weil er sie über die elektronischen Wahlmaschinen, Einschüchterungen der Wähler und den Nationalen Wahlrat zu manipulieren versteht. Das Jahr 2007 wird dann allerdings, so scheint es, seinen Abstieg einleiten, da er jeden Bezug zur Realität verloren hat, sich als Inkarnation von Simon Bolívar betrachtet, alle Entscheidungen selber trifft und glaubt, mit der Welt genauso spielen zu können wie mit Venezuela.

Diese Hybris wird Chávez letztlich zu Fall bringen. 2007 wird sich auch die Opposition auf Grund der steigenden Unterstützung aus der Bevölkerung neu formieren und den Fall von Chávez beschleunigen. Doch bis dahin werden die Wirkungen seiner Politik für Venezuela katastrophal sein.

nicht einverstanden seien, von selbst verschwinden sollten oder aber er lasse sie verschwinden. Er bezeichnete alle seine Gegner als Vaterlandsverräter und „Bushitos“.

Das Phänomen Chávez als Problem Lateinamerikas und darüber hinaus

Chávez fühlt sich als Reinkarnation Simon Bolívars, als der Befreier der Lateinamerikaner des 21. Jahrhunderts. Er hat die Vision, ganz Lateinamerika gegen die freie Welt (USA, EU) zu vereinen. Dazu verbündet er sich weltweit mit radikalen Regimen (Ölbündnis mit dem Iran und anderen radikalen Ländern) und strebt wie diese den Besitz von Atomwaffen an und rüstet seine Truppen auf (U-Boote, Flugzeuge, schweres Kriegsgerät, Raketen, Handfeuerwaffen, etc.).

Er hat 2005 insgesamt 22 Mrd. US\$ zur Durchsetzung seiner Ziele in Lateinamerika und weltweit investiert.

- So hat er unter anderem den Wahlkampf von Evo Morales in Bolivien mitfinanziert.
- Er hat Millionen in die Befriedung von besitzlosen Landarbeitern in Brasilien und von verarmten Argentinern investiert, Staatsschuldscheine aufgekauft, um den Regierungen dieser Länder zu helfen (und doch selbst an den argentinischen Staatsschuldscheinen verdient).
- Er hat viele Staaten mit verbilligtem Öl versorgt,
- die Ausschreitungen im Süden der USA, Demonstrationen der armen Landarbeiter in Brasilien oder des verarmten Mittelstandes in Argentinien mitfinanziert, um so innenpolitischen Druck auf diese Regierungen auszuüben.

Er wird dies auch 2006 nicht unterlassen, da in diesem Jahr nicht nur in Venezuela gewählt wird, sondern auch in Kolumbien⁸, in Peru, in Ecuador, in Paraguay, in Mexiko und in Nicaragua und er mit Hilfe seiner Anhänger in diesen Ländern außenpolitische Erfolge braucht.

2006 wird ein entscheidendes Jahr für Lateinamerika und für Chávez. Überall unterstützt er radikale Kandidaten, die sich seiner bolivarianischen Revolution zur Errichtung seines Sozialismus des 21. Jahrhunderts verschrieben haben. Seine Strategie ist in all diesen Ländern dieselbe, wie er sie selbst in seinem Lande angewandt hat (s.o.).

Zurzeit versucht er in Bolivien, mit Hilfe von Evo Morales und kubanischen wie venezolanischen Instruktoern, seine Revolutionsstrategie weiter umzusetzen. Bolivien ist durch die Unruhen der letzten Jahre und mit Hilfe der Kokabauern, die Evo Morales unterstützen, wieder zum größten Kokaproduzenten Lateinamerikas herangewachsen. Mit Koka und Gas aus Bolivien versucht Chávez gegen die USA vorzugehen und Brasilien und Argentinien gefügiger zu machen. Mit den zusätzlichen Mitteln aus den ertragreichen Gasgeschäften verfügt Chávez über weitere Mittel für seine weltumspannenden Aktivitäten. Auch versucht er überall in Lateinamerika die Linken zu mobilisieren und die Konservativen zu destabilisieren.

⁸ Bei den Wahlen erlitten Parteien, die Chávez unterstützte, herbe Niederlagen. Uribe hat nun in beiden Kammern des Parlaments eine absolute Mehrheit.

Wenn Chávez in Lateinamerika und in der Welt gestoppt werden soll, kann dies jedoch nur in Venezuela beginnen. Außerdem müssen die USA, aber auch die EU, ihre momentane Lateinamerikapolitik einer eingehenden Überarbeitung unterziehen, denn ohne das Desinteresse der USA und das entfernte Interesse der EU an Lateinamerika wäre Chávez nicht möglich gewesen.

Zum Autor:

Dr. Rainer Gepperth ist Leiter des Instituts für Internationale Begegnung und Zusammenarbeit der Hanns-Seidel Stiftung, München.

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Verfassers wieder.